



Konferenz Kantonalen Energiedirektoren
Conférence des directeurs cantonaux de l'énergie
Conferenza dei direttori cantonali dell'energia
Conferenza dals directurs chantunals d'energia

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern
E-Mail: strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Bern, 11. März 2015

Strategie Stromnetze: Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Strategie Stromnetze Stellung nehmen zu können. Die Stellungnahme der EnDK wurde in Absprache mit der BPUK erarbeitet.

Allgemeine Würdigung der Vorlage

Die EnDK hat bereits zum Detailkonzept Strategie Stromnetze positiv Stellung bezogen. Die EnDK ist nach wie vor der Auffassung, dass die Schweiz eine übergeordnete Strategie für das Stromnetz benötigt. Unbestritten ist auch, dass der Bund für die erforderlichen Regelungen des Energietransportes zuständig ist (Art. 91 BV). Im Bereiche der Raumplanung kann der Bund Grundsätze festlegen, unterstützt die Planung der Kantone und fördert die Koordination unter den Kantonen (Art. 75 BV). Gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung (Art. 13 RPG) kann der Bund für seine raumwirksamen Aufgaben Konzepte und Sachpläne erstellen und arbeitet dazu mit den Kantonen zusammen. Unter der Voraussetzung, dass die Abstimmung der Strategie Stromnetze mit dem RPG noch verbessert wird, hält die Vorlage die entsprechende Aufgabenteilung und das vorgesehene Zusammenwirken zwischen Bund und Kantonen ein.

Die EnDK unterstützt die vorliegende Strategie. Wir stellen insbesondere auch fest, dass die Kantone angemessen in die Planung der Netzinfrastrukturen miteinbezogen werden. Die nachfolgenden Bemerkungen beziehen sich auf die konkrete Umsetzung der dazu erforderlichen Prozesse und Zuständigkeiten.

Stellungnahme zu einzelnen Aspekten der Vorlage

Entwicklung des Szenariorahmens

Die EnDK begrüsst es, dass verschiedene Elemente der Vorlage die Verfahren beschleunigen. Ebenso unterstützt die EnDK die Prozessschritte zur Netzentwicklung. Den Einbezug der Kantone erachten wir als sinnvoll und notwendig. Die Vorlage ist jedoch besser mit dem Raumplanungsgesetz abzustimmen: Das Raumplanungsgesetz regelt abschlies-

send, welche Planungsinstrumente auch für die Kantone behördenverbindlich sind. Sofern der Szenariorahmen dies sein soll, ist er wie ein Sachplan zu erarbeiten (mit der entsprechenden Mitwirkung der Öffentlichkeit). Wird der Szenariorahmenplan nicht gemäss RPG erstellt, hat er auch keine Verbindlichkeit für die Kantone. Der Szenariorahmen ist deshalb im Rahmen des Sachplans zu erarbeiten. Die Verfahren (Projektierungszonen und Baulinien) und die Mitwirkung sind ebenfalls mit dem RPG und ausserdem mit den kantonalen Baugesetzen abzustimmen.

Weitere Vorbehalte haben wir gegenüber der Absicht, dass das BFE den Szenariorahmen erstellt und weiterentwickelt (Art. 9a StromVG). Wir teilen die Ansicht, dass der Szenariorahmen ein politischer Entscheid ist, was auch in der Genehmigung durch den Bundesrat zum Ausdruck kommt. Aus unserer Sicht kann die Erstellung des Szenariorahmens auch der nationalen Netzgesellschaft überlassen werden. Dem BFE wäre nur die Funktion der Verfahrensleitung zu übertragen. Mit einer solchen Aufgabenteilung erübrigt es sich, dass parallele Planungs- und Wissensstrukturen aufgebaut werden, die schliesslich durch die Stromendkonsumenten wie auch durch die Steuerzahler zu finanzieren sind.

Antrag:

Die Vorlage ist besser mit dem Raumplanungsgesetz abzustimmen. Der Szenariorahmen ist im Rahmen des Sachplans zu erarbeiten. Die Verfahren (Projektierungszonen und Baulinien) und die Mitwirkung sind ebenfalls mit dem RPG und ausserdem mit den kantonalen Baugesetzen abzustimmen.

Die Entwicklung des Szenariorahmens ist aus Gründen der Verfahrensökonomie der nationalen Netzgesellschaft zu übertragen. Das BFE ist als verfahrensleitende Behörde einzusetzen.

Priorität von Transporttechnologien

Die EnDK begrüsst den Grundsatz, wonach Leitungen des Verteilnetzes grundsätzlich zu verkabeln sind (Art 15c EleG). In Bezug auf das Übertragungsnetz sollte dem gegenüber der Grundsatz gelten, dass Übertragungsleitungen in erster Linie als Freileitungen erstellt werden (Art. 15b EleG). Zu beiden Grundsätzen sind die entsprechenden Ausnahmen zu definieren. Für das Verteilnetz erfolgt dies in der Vorlage. Hingegen wird auf einen entsprechenden Grundsatz mit Ausnahmen für das Übertragungsnetz verzichtet. Aus der Vorlage geht nicht hervor, weshalb beim Übertragungsnetz darauf verzichtet wird.

Antrag:

Für das Übertragungsnetz ist der Grundsatz zu verankern, dass dessen Leitungen grundsätzlich als Freileitungen gebaut werden. Für die Verkabelung sind entsprechende Ausnahmen zu definieren.

Nationales Interesse

Begrüsszt wird, dass generell das Übertragungsnetz zum nationalen Interesse erklärt wird und damit eine gleichwertige Abwägung gegenüber andern Interessen gewährleistet wird.

Sammeln und Veröffentlichen von Netzdaten

Das BFE wird beauftragt (Art. 26a) Geodaten über das schweizerische Elektrizitätsnetz öffentlich zur Verfügung zu stellen. Dazu werden die Unternehmen verpflichtet, Daten nach den Wünschen des BFE zur Verfügung zu stellen.

Der Vorschlag gemäss Artikel 26a wird von den Kantonen aus den folgenden Gründen klar abgelehnt:

- a. Duplizierung der Daten und Konkurrenzierung der AV:
Viele Daten zu den (grösseren) Elektrizitätsleitungen sind bereits Teil der Amtlichen Vermessung und werden ständig nachgeführt. Wenn der Bund diese Daten nun zusätzlich erhebt, besteht die Gefahr von Inkongruenz und es entsteht eine unnötige, der Qualität abträgliche Konkurrenz zu den kantonalen Daten.
- b. Aufnahme der Leitungskataster als kantonale Geobasisdaten:
Viele Kantone haben die Leitungskataster (d.h. auch die Elektrizität) neu als kantonale Geobasisdaten definiert (z.B. ZH, BL) und sorgen für die Aktualisierung und Qualitätssicherung dieser Geodaten. Leitungskataster sind heute eine sehr starke Domäne der Gemeinden, die diese Geodaten auf ihrer Stufe pflegen und auch benötigen.
- c. Nur ein Ansprechpartner für Leitungsbetreiber:
Die Leitungsbetreiber sollen nicht an diverse interessierte Stellen liefern müssen. Die Kantone und Gemeinden haben es bereits in der Amtlichen Vermessung geregelt und/oder neu über die Definition als kantonale Geobasisdaten.
- d. Publikation in einem Portal:
Das BFE kann zukünftig, wie andere Bundesämter auch, diese Daten von der Aggregationsinfrastruktur beziehen und publizieren.

Die Werke als Datenproduzenten sollen - gleich wie sie es heute tun - die Kantone (bzw. gemäss deren Anordnungen die Gemeinden) beliefern; danach aggregiert der Kanton die Daten gemäss den kantonalen Geoinformationsgesetzen. Der Bund soll sich bei der Aggregationsinfrastruktur bedienen, damit ist garantiert, dass die Geodaten auf allen Portalen synchron und aktuell sind.

Ob eine Publikation sämtlicher Geodaten zu den elektrischen Anlagen erwünscht ist, muss kritisch hinterfragt werden. Eine solche Bestimmung müsste als „Kann“-Bestimmung formuliert werden, damit (namentlich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit) auf die Publikation nötigenfalls verzichtet werden kann.

Antrag:

Art. 26a EleG

¹ Die Betriebsinhaber dokumentieren ihre elektrischen **Kabelleitungen und Anlagen** in Form von Geodaten und stellen die Geodaten ~~dem BFE~~ **in einem standardisierten Format den Gemeinden und Kantonen** zur Verfügung.

² ~~Das BFE erstellt eine Gesamtsicht und stellt diese der Öffentlichkeit zur Verfügung.~~

³ ~~Es~~ **Das BFE** kann den Umfang und die Anforderungen an die **Modellierung und Dokumentation** der zu erhebenden Daten **gemeinsam mit den Werkbetreibern** bestimmen.

Besondere Hinweise zu einzelnen Normen

Art. 3bis EleG bzw. Art. 9f StromVG

Der Bund kann den Netzbetreibern Leistungen in Rechnung stellen, die ihm aus Leistungsaufträgen mit den Kantonen in Bezug auf die regionale Öffentlichkeitsarbeit über wichtige regionale Aspekte der Netzentwicklung in ihrem Kantonsgebiet erwachsen. Ausgenommen von diesen Kosten sind Kosten für Massnahmen, die die Kantone ohnehin als Grundauftrag oder auf Grund der gesetzlichen Mitwirkungspflicht leisten.

Die Bestimmungen sehen vor, dass der Bund mit den Kantonen Leistungsaufträge abschliessen kann. Er ist also nicht verpflichtet. Dies widerspricht jedoch der zwingend formulierten Aufgabe der Kantone über die regionalen Aspekte zu informieren. Aus der Sicht der EnDK ist bei einer Verpflichtung der Kantone zur Öffentlichkeitsarbeit auch zwingend eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, die es den Kantonen ermöglicht, die entsprechenden Kosten zu überwälzen.

Antrag:

Art. 9f StromVG

² Die Kantone informieren...in ihrem Kantonsgebiet; hierzu **schliesst** der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen ab.

Wir bitten Sie um die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Hinweise.

Mit freundlichen Grüssen



SR Beat Vonlanthen
Präsident EnDK



Lorenz Bösch
Generalsekretär a.i.

Beilage: ausgefüllter Fragenkatalog

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

EnDK (in Absprache mit BPUK)

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	3
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	7
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Den Einbezug der Kantone erachten wir als sinnvoll und notwendig. Die Vorlage ist jedoch besser mit dem Raumplanungsgesetz abzustimmen: Das Raumplanungsgesetz regelt abschliessend, welche Planungsinstrumente auch für die Kantone behördenverbindlich sind. Sofern der Szenariorahmen dies sein soll, ist er wie ein Sachplan zu erarbeiten (mit der entsprechenden Mitwirkung der Öffentlichkeit). Wird der Szenariorahmenplan nicht gemäss RPG erstellt, hat er auch keine Verbindlichkeit für die Kantone. Der Szenariorahmen ist deshalb im Rahmen des Sachplans zu erarbeiten. Die Verfahren (Projektierungszonen und Baulinien) und die Mitwirkung sind ebenfalls mit dem RPG und ausserdem mit den kantonalen Baugesetzen abzustimmen.

Weitere Vorbehalte haben wir gegenüber der Absicht, dass das BFE den Szenariorahmen erstellt und weiterentwickelt (Art. 9a StromVG). Wir teilen die Ansicht, dass der Szenariorahmen ein politischer Entscheid ist, was auch in der Genehmigung durch den Bundesrat zum Ausdruck kommt. Aus unserer Sicht kann die Erstellung des Szenariorahmens auch der nationalen Netzgesellschaft überlassen werden. Dem BFE wäre nur die Funktion der Verfahrensleitung zu übertragen. Mit einer solchen Aufgabenteilung erübrigt es sich, dass parallele Planungs- und Wissensstrukturen aufgebaut werden, die schliesslich durch die Stromendkonsumenten wie auch durch die Steuerzahler zu finanzieren sind.

Antrag:

1. Die Vorlage ist besser mit dem Raumplanungsgesetz abzustimmen. Der Szenariorahmen ist im Rahmen des Sachplans zu erarbeiten. Die Verfahren (Projektierungszonen und Baulinien) und die Mitwirkung sind ebenfalls mit dem RPG und ausserdem mit den kantonalen Baugesetzen abzustimmen.
2. Die Entwicklung des Szenariorahmens ist aus Gründen der Verfahrensökonomie der nationalen Netzgesellschaft zu übertragen. Das BFE ist als verfahrensleitende Behörde einzusetzen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die EnDK unterstützt, dass die Kantone angemessen in die Planung der Netzinfrastruktur miteinbezogen werden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Versorgung mit elektrischer Energie ist ein nationales Interesse. Daraus soll jedoch nicht generell geschlossen werden, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes oder weiteren Anlagen von so hohem nationalem Interesse seien, dass sie der Interessenabwägung entzogen werden. Ziel muss sein, im konkreten Fall nach sorgfältiger Evaluation möglicher Varianten die verschiedenen nationalen Interessen gegeneinander abzuwägen. Nationale und kantonale sensible Gebiete sind in jedem Fall gebührend zu berücksichtigen.

Begründung:

Aufgrund des revidierten Raumplanungsgesetzes unternehmen die Kantone zusammen mit den Gemeinden grosse Anstrengungen, eine weitere Zersiedlung der Landschaft zu verhindern. Deshalb sind bei der Anordnung von Leitungen und anderen Anlagen die gleichen Anstrengungen im Umgang mit der Landschaft zu erwarten.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Antrag: In den Begleitgruppen der einzelnen Sachplanverfahren sind auch die Raumplanungsbehörden der betroffenen Kantone einzubinden.

Es ist zu beachten, dass dieses Verfahren aufwändig ist und auf Seiten der Kantone etliche Ressourcen bindet. Diese muss der Kanton einplanen können. Eine frühzeitige Vorinformation der Kantone ist deshalb sicherzustellen.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das zweistufige Sachplanverfahren ist sinnvoll; die raumplanerischen Aspekte sind dabei genügend zu berücksichtigen.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Baulinien müssen aber zwingend auf den Ergebnissen des Sachplanverfahrens beruhen und dürfen nicht ohne diese Grundlage ausgeschieden werden. Dasselbe gilt für Projektierungszonen gemäss Art. 18 Abs. 1.

Zusatzbemerkung / -antrag zu Art. 18 Abs. 2:

Der Aufwand der Kantone für die Anhörung der Gemeinden ist durch den Bund zu vergüten.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:
keine

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:
keine

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Bund kann den Netzbetreibern Leistungen in Rechnung stellen, die ihm aus Leistungsaufträgen mit den Kantonen in Bezug auf die regionale Öffentlichkeitsarbeit über wichtige regionale Aspekte der Netzentwicklung in ihrem Kantonsgebiet erwachsen. Ausgenommen von diesen Kosten sind Kosten für Massnahmen, die die Kantone ohnehin als Grundauftrag oder auf Grund der gesetzlichen Mitwirkungspflicht leisten. Die Bestimmungen Art. 3bis EleG bzw. Art. 9f StromVG sehen vor, dass der Bund mit den Kantonen Leistungsaufträge abschliessen kann. Er ist also nicht verpflichtet. Dies widerspricht jedoch der zwingend formulierten Aufgabe der Kantone über die regionalen Aspekte zu informieren. Aus der Sicht der EnDK ist bei einer Verpflichtung der Kantone zur Öffentlichkeitsarbeit auch zwingend eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, die es den Kantonen ermöglicht, die entsprechenden Kosten zu überwälzen.

Antrag:

Art. 9f Abs. 2 StroVG

Die Kantone informieren...in ihrem Kantonsgebiet: hierzu **schliesst** der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen ab.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Durch die Erstellung einer Gesamtsicht der elektrischen Anlagen treten mehrere Probleme

auf.

1. Duplizierung der Daten und Konkurrenzierung der Amtlichen Vermessung:

Viele Daten zu den (grösseren) Elektrizitätsleitungen sind bereits Teil der Amtlichen Vermessung und werden ständig nachgeführt. Wenn der Bund diese Daten nun zusätzlich erhebt, besteht die Gefahr von Inkongruenz und es entsteht eine unnötige, der Qualität abträgliche Konkurrenz zu den kantonalen Daten.

2. Aufnahme der Leitungskataster als kantonale Geobasisdaten:

Viele Kantone haben die Leitungskataster (d.h. auch die Elektrizität) neu als kantonale Geobasisdaten definiert (z.B. ZH, BL) und sorgen für die Aktualisierung und Qualitätssicherung dieser Geodaten. Leitungskataster sind heute eine sehr starke Domäne der Gemeinden, die diese Geodaten auf ihrer Stufe pflegen und auch benötigen.

3. Nur ein Ansprechpartner für Leitungsbetreiber:

Die Leitungsbetreiber sollen nicht an diverse interessierte Stellen liefern müssen. Die Kantone und Gemeinden haben es bereits in der Amtlichen Vermessung geregelt und/oder neu über die Definition als kantonale Geobasisdaten.

4. Publikation in einem Portal:

Das BFE kann zukünftig, wie andere Bundesämter auch, diese Daten von der Aggregationsinfrastruktur beziehen und publizieren.

Die Werke als Datenproduzenten sollen – gleich wie sie es heute tun – die Kantone (bzw. gemäss deren Anordnung die Gemeinden) beliefern; danach aggregiert der Kanton die Daten gemäss den kantonalen Geoinformationsgesetzen. Der Bund soll sich bei der Aggregationsinfrastruktur bedienen, damit ist garantiert, dass die Geodaten auf allen Portalen synchron und aktuell sind.

Ob eine Publikation sämtlicher Geodaten zu den elektrischen Anlagen erwünscht ist, muss kritisch hinterfragt werden. Eine solche Bestimmung müsste als „Kann“-Bestimmung formuliert werden, damit (namentlich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit) auf die Publikation nötigenfalls verzichtet werden kann.

Antrag:

Art. 26a EleG

¹ *Die Betriebsinhaber dokumentieren ihre elektrischen **Kabelleitungen und** Anlagen in Form von Geodaten und stellen die Geodaten ~~dem BFE~~ **in einem standardisierten Format den Gemeinden und Kantonen** zur Verfügung.*

² *~~Das BFE erstellt eine Gesamtsicht und stellt diese der Öffentlichkeit zur Verfügung.~~*

³ *~~Es~~ **Das BFE** kann den Umfang und die Anforderungen an die **Modellierung und** Dokumentation der zu erhebenden Daten **gemeinsam mit den Werkbetreibern** bestimmen.*